

PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 17. SEPTEMBER 2020



ANTRAG **EUROPA BRAUCHT ZUSAMMENHALT – GERADE IN DER KRISE**

Die Zukunft der Europäischen Union war heute das Thema einer großen Debatte in der Bürgerschaft. Das Parlament beschloss einen Antrag, den die rot-grün-rote Koalition auf Initiative der SPD-Fraktion eingebracht hatte und in dem sie skizziert, wie die EU gestärkt werden und die Folgen der Corona-Pandemie gemeinsam überwunden werden können. Für die europapolitische Sprecherin und den finanzpolitischen Sprecher der Fraktion, Antje Grotheer und Arno Gottschalk, steht dabei vor allem eines im Vordergrund: Solidarität.

So erklärte Gottschalk in seiner Rede, dass die größten Gefahren für die EU derzeit im ökonomischen Bereich lägen. „Und diese Herausforderungen“, so der Sozialdemokrat, „können nur durch eine engere Zusammenarbeit gelöst werden.“

Europa, so betonte Gottschalk, befinde sich in der tiefsten wirtschaftlichen Krise seit 90 Jahren. Prognosen zufolge könnte die Wirtschaftsleistung um bis zu acht Prozent einbrechen – und dies sei nur ein Durchschnittswert. Südeuropäische Länder seien deutlich stärker betroffen als die im Norden. Und darin sieht Gottschalk eine

Gefahr. „Die Corona-Krise wirkt hier wie ein Katalysator“, sagte er. „Die Spannungen zwischen Nord- und Südeuropäern werden zunehmen, wenn es uns nicht gelingt, diese immer größer werdende Spaltung zu überwinden.“

Helfen könne dabei ein EU-Wiederaufbaufonds, der mit 750 Milliarden Euro ausgestattet ist. „Dieser Fonds bietet uns die große Chance, die Krise zu bekämpfen und sie nachhaltig zu überwinden“, sagte Gottschalk. „Aber völlig klar ist: Wir brauchen mehr Solidarität und mehr Zusammenarbeit im finanzpolitischen Bereich – und dabei wird es vor allem auf ein Land ankommen: Deutschland.“

Auch die europapolitische Sprecherin der SPD-Fraktion betonte die Bedeutung von Solidarität unter den Mitgliedsstaaten für die Zukunft der EU. Deswegen zeigte sie sich auch ein wenig enttäuscht von der Rede zur Lage der Union, die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gestern vor dem Europaparlament gehalten hatte. „Sie hat viele richtige Einzelpunkte

genannt“, sagte die Sozialdemokratin, „ich hätte mir aber gewünscht, dass sie noch klarer formuliert, wie sie die Einigkeit in der EU wiederherstellen will.“

„Unsere wichtigste Aufgabe ist es jetzt, gemeinsam wieder aus der Corona-Krise zu kommen“, so Grotheer weiter. Deutschland gelinge dies wegen des föderalen Systems vielleicht besser als anderen Ländern, denn dadurch gehe es einen Weg, der nicht auf Gleichmacherei setze, sondern Möglichkeiten aufzeige, auf individuelle Probleme angemessen zu reagieren und die Unterstützung der Anderen dabei annehmen zu können.

„Wir müssen nun zusehen, dass wir so etwas auch auf der europäischen Ebene gemeinsam hinbekommen“, sagte Grotheer, die abschließend betonte: „Ich glaube an das Prinzip der Solidarität und gegenseitigen Unterstützung!“

>Antrag: Gemeinsam sind wir stärker – Europa muss jetzt Zusammenhalt zeigen!
https://bit.ly/europa_zusammenhalt



Arno Gottschalk

Antje Grotheer

ANTRAG **POLARSTERN II: NACHHALTIG NEU BAUEN**

Der Neubau des Forschungsschiffes Polarstern des Alfred-Wegener-Instituts (AWI) war heute Thema im Landtag. Die Bürgerschaft beschloss einen Antrag der rot-grün-roten Koalition, der sich für einen Neubau der Polarstern ausspricht, der aktuelle Nachhaltigkeitsstandards berücksichtigt und klimaneutrale Antriebe prüft.

Für Janina Brünjes, Sprecherin für Wissenschaft und Forschung der SPD-Fraktion, ist die Standortfrage für den Bau des Schiffes geklärt: „Die ‚Polarstern II‘ muss in Bremerhaven gebaut werden. Alles andere wäre ein schwerer Fehler“. Von Bundesforschungsministerin Anja Karliczek forderte Brünjes ein klares Bekenntnis zum Neubau des Schiffes. „Weil das Ausschreibungsverfahren abgebrochen wurde, entstanden Unsicherheiten. Ein fatales Signal für die Zukunft der Spritzenforschung im Bereich Klima und Umwelt“, so Brünjes.



Janina Brünjes

In ihrer Rede betonte die Sozialdemokratin, dass das neue Schiff mithilfe neuester Technologien „den Klimaschutz leben“ solle. Die Technologien – vom Antrieb bis zum Filter – sollten nachhaltig und umweltscho-



Foto: Hannes Grobe, Alfred Wegener Institute/ Wikimedia

rend ausgerichtet sein. Brünjes: „In den sensiblen Polarregionen wollen wir durch die Forschung helfen, den Klimawandel zu bekämpfen und emissionsarm unterwegs sein.“

Die Sozialdemokratin betonte zudem, dass der Forschungsschiffsbau zur Schlüsseltechnologie erklärt werden müsse. „Um die Beschäftigung und wichtige Arbeitsplätze mit den Fachkräften auf unseren Werften zu sichern, brauchen wir Direkt- und Angebotsvergaben an diesen Schiffbauort“, so Brünjes.

Es zeige sich, dass Bremerhaven hierfür bestens geeignet sei. „Unsere Bremerhavener Häfen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft und die Werften für entsprechende Aufträge hervorragend geeignet. Unsere

Arbeitskräfte auf den Werften haben die maritimen Kompetenzen für komplexen Schiffbau. Zudem haben wir etablierte Zulieferstrukturen in den Häfen verankert“, sagte Brünjes in der Debatte und ergänzte: „Bereits durch die ‚Polarstern I‘ und die damit verbundenen Wartungsarbeiten hat sich ein breites Wissen rund um die Bedürfnisse des Schiffes etabliert. Brünjes schlussfolgerte mit dem Blick auf den Standort Bremerhaven: „Nirgendwo sonst bündeln sich maritime Expertise auf den Werften mit hochkarätiger Wissenschaft in diesem Ausmaß.“

>Antrag: **Forschung zeitgemäß gestalten, Arbeitsplätze erhalten: Ein nachhaltiger Neubau der Polarstern**
https://bit.ly/neubau_polarstern

ANTRAG **SCHWANGERSCHAFTSABBRÜCHE: ZUGANG ERLEICHTERN**

Schwangerschaftsabbruch wird nach Paragraphen 218 mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder mit einer Geldstrafe geahndet. Diese Sanktionen greifen jedoch nicht, wenn die Schwangere sich vor einem etwaigen Schwangerschaftsabbruch hat beraten lassen, der Abbruch



Gönül Bredehorst

von einem Arzt vorgenommen wurde und seit der Empfängnis nicht mehr als drei Monate vergangen sind. „Dass es diesen Paragraphen überhaupt noch gibt, finde ich ungeheuerlich“, sagte die frauen-

politische Sprecherin der SPD-Fraktion, Gönül Bredehorst in der Debatte über einen Antrag der rot-grün-roten Koalition, der heute in der Bürgerschaft beschlossen wurde.

Bredehorst wies in ihrer Rede darauf hin, dass es im Bundesland Bremen zu wenig Kliniken und Ärzt*innen gebe, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführten. „Wenn Studierende nicht hinlänglich in ihrer Ausbildung darauf vorbereitet werden, gibt es folglich nicht genug Ärzt*innen, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen können. Also müssen wir doch dafür sorgen, dass die Ausbildung im praktischen Teil an den Kliniken erfolgt“, so Bredehorst. Zudem sei es notwendig, dass die gelehrteten Methoden des Schwanger-

schaftsabbruches ausgeweitet werden und hier eine größere Varianz entsteht.

Den Paragraphen 219a bezeichnete Bredehorst in der Debatte zudem als „kriminallisierend und entwürdigend“ und verwies auf den Fall der Gynäkologin Kristina Hänel aus Gießen, die jüngst wegen Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft angeklagt wurde. Bredehorst forderte: „Dieser Paragraph muss weg!“ Auch sollten Frauen aus dem nahen, konservativen Ausland die Möglichkeit erhalten, in Deutschland abzutreiben. Deswegen unterstützte Bredehorst die Forderung, einen erleichterten Zugang zu medizinischen Einrichtungen für EU-Bürger*innen mit der europäischen Krankenversicherungskarte zu prüfen.

FRAGESTUNDE **WLAN FÜR SCHULKINDER IN ÜBERGANGSWOHNHEIMEN**

Insbesondere in Zeiten der Corona-Pandemie ist die Verfügbarkeit von WLAN für viele Menschen sehr wichtig. Viele Arbeitsprozesse finden mittlerweile digital statt, und auch der Schulunterricht fand insbesondere während des Lockdowns, aber auch jetzt noch online statt. Die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birgitt Pfeiffer, hat sich dies zum Anlass genommen, um beim Senat nachzufragen, wie es um die WLAN-Versorgung für Schulkinder in Übergangwohnheimen bestellt ist.



Birgitt Pfeiffer

In beiden Landeserstaufnahmestellen in der Lindenstraße sowie in der Alfred-Faust-Straße sei ein WLAN vorhanden, berichtete Sozialstaatsrat Jan Fries für den Senat während



der Fragestunde des Landtags. „Das WLAN erstreckt sich allerdings nicht über alle Räumlichkeiten.“ Es sei jedoch beabsichtigt, das WLAN in beiden Unterkünften so auszubauen, dass es aus jedem Zimmer erreichbar sei. Durch die umfangreichen Arbeiten werde dies in der Lindenstraße erst im Laufe des Septembers, in der Alfred-Faust-Straße spätestens bis Ende des Jahres der Fall sein. „Die Auftragser-

teilung setzt allerdings voraus, dass einige Kriterien erfüllt werden müssen, um die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu belegen“, so der Sozial-Staatsrat weiter. „Das Einholen von drei Angeboten ist vergabe-rechtlich erforderlich“. Dies sei der Grund für den hohen Zeitaufwand.

Eine Abfrage bei den verschiedenen Trägern der zahlreichen Gemeinschaftsunterkünfte habe ergeben, dass die Übergangwohnheime Ludwig-Quidde-Straße, Wardamm, Obervielander Straße, Gröpelinger Heerstraße, Löningstraße, Otto-Lilienthal-Straße und Steingutstraße noch nicht über WLAN verfügten. Entsprechende Angebote zum Ausbau des WLAN-Netzes würden aber bereits eingeholt, mit einem flächendeckenden Ausbau sei im Laufe der kommenden Monate zu rechnen. Die Stadt Bremerhaven, so Staatsrat Fries abschließend, verfüge über keine Übergangsheime, in denen schulpflichtige Kinder untergebracht seien.

FRAGESTUNDE **STÄDTEPARTNERSCHAFTEN UND LGBTQ-UNTERDRÜCKUNG**

Die Diskriminierung von Angehörigen der LGBTQ-Community nimmt weltweit zu. In Polen haben sich gar einige Städte und Gemeinden zu „LGBTQ-Ideologie-freien Zonen“ erklärt.

„Das ist eine besorgniserregende Entwicklung und für uns Grund genug nachzufragen: Wie geht der Senat mit Menschenrechtsverletzungen in Staaten um, in denen er Städtepartnerschaften unterhält – auch und insbesondere mit Diskriminierungen von queeren Menschen“, sagte der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Volker Stahmann am Rande der heutigen Bürgerschaftssitzung. Aus diesem Grund hatte er



Volker Stahmann

eine Anfrage für die Fragestunde des Landtages formuliert, deren schriftliche Antwort nun vorliegt.

„Aus der Antwort des Senats geht hervor, dass dieser die politischen Entwicklungen in den Ländern, mit denen Bremen Städtepartnerschaften unterhält, sehr genau im Blick hat und seine Möglichkeiten nutzt, die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten anzumahnen. Das ist gut, und ich gehe davon aus, dass er dies auch weiterhin tun wird“,

sagte Stahmann. „Beruhigt hat mich zudem die Information, dass Bremens Partnerstadt Danzig – und auch keine andere

Partnerstadt – sich nicht wie andere polnische Städte zu LGBTQ-freien Zonen erklärt, sondern, im Gegenteil, demonstrierend eine rechtsstaatliche und tolerante Politik verfolgt, um auch in Polen die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt zu fördern. Dies sollten wir als Partnerstadt im Rahmen unserer Möglichkeiten unbedingt unterstützen – ebenso wie die Zusammenarbeit des Bremer CSD mit dem Danziger Verein Tolerado.“



Auch Antje Grotheer, europa- und queerpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, begrüßte den Einsatz des Senats. „Menschenrechte sind für uns in Bremen nicht verhandelbar. Doch queere Menschen werden an vielen Orten diskriminiert. Dass sich Städte in Polen einfach zu LGBTQ-freien Zonen erklären wollen, finde ich unerträglich. Dass unsere Partnerstadt Danzig hier einen gänzlich anderen, toleranten Weg geht, freut mich umso mehr“, betonte die Sozialdemokratin. „Der Senat macht in seiner Antwort aber auch klar: Sollte sich die Situation in einer Partnerstadt ändern, wird man dies offen und kritisch ansprechen müssen und in letzter Konsequenz auch deutlich machen, dass eine solche Haltung keine Basis ist für eine dauerhafte Zusammenarbeit.“